

Biebricher Tagespost

Biebricher Zeitung.

Biebricher Lokal-Anzeiger.

Biebricher Neueste Nachrichten.

Biebricher Tagblatt.

Amtliches Organ der Stadt Biebrich

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: durch die Postanstalten frei ins Haus gebracht 1 Mk. monatlich. Bezugskarten, für 5 Nummern gültig, 20 A. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Anzeigenpreis: Die einsp. Colonne und Zeile 25 A. Bei Wiederholungen Rabatt. Platz- u. Lagerkosten ohne Verbindlichkeit. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Guido Seidler, für d. Redakteur u. Anzeigenleiter sowie für den Druck und Verlag Paul Jorjisch, in Biebrich.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmannsche Buchdruckerei.

Druckpreis 41. — Redaktion und Expedition: Biebrich, Rathausstraße 16.

Nr. 267.

Donnerstag, den 14. November 1918.

Postfach Nr. 10114.

57. Jahrgang.

Die Umwälzung im Reiche.

Die Volksregierung an das Heer.

Ab Berlin, 12. November. Telegramm der Volksregierung an die Oberste Heeresleitung.

Die Volksregierung ist von dem Wunsche befeuert, daß jeder unserer Soldaten nach den unglücklichen Kämpfen und den unerhörten Überforderungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich geht. Falls einzelne Truppen zurückzuführen, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das schwerste.

Die Volksregierung erwartet von Euch strengste Selbstzucht, um unermesslichen Schaden zu verhüten.

Wir erlauben die Oberste Heeresleitung, das Heer von vordringender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgende Anordnungen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Rückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heer müssen deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.

3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Bekleidung von Disziplinvergehen. Ihre oberste Pflicht ist, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.

4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamten und Mannschaften.

5. Gleiche Zuschüsse zu den Wohnungen, gleiche Geldzulagen für Offiziere und Mannschaften.

6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr und zur Verhinderung von Verwundungen Gebrauch zu machen.

gez.: Ebert, Haase, Scheibemann, Landsberg, Barth.

Die Aufrechterhaltung der Volksernährung.

Ab Berlin, 12. November. Die Aufrechterhaltung der Volksernährung erfordert unbedingt, daß keinerlei Eingriffe in die staatlich bewirtschafteten Lebensmittel durch unbefugte Stellen vorgenommen werden. Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten über die Bekleidung, Getreide und anderen Lebensmittel, die der Reichsregierung, einer anderen Lebensmittelstelle oder einem Kommunalverband gehören, müssen daher unbedingt unterbleiben und soweit sie getroffen sind, sofort rückgängig gemacht werden.

Die Reichsleitung: Ebert, Haase.

Ab Berlin, 13. November. Wir erlauben dringend, auf die Bevölkerung einzuwirken, daß sie ruhig an ihrem Wohnort bleibt und nicht aus Furcht vor feindlicher Besetzung flieht. Die Ernährungsfrage beruht auf es, jezt größere Bevölkerungsverschiebungen anzunehmen, da die Ausziehenden in anderen Kommunalverbänden nicht mitgeführt werden können. Flüchtlinge würden daher dem größten Elend entgegengehen.

Die Reichsleitung: Ebert, Haase.

Keine Eingriffe in das Verkehrswesen!

Ab Berlin, 13. November. In den letzten Tagen wurde wiederholt in den Betrieb und die Verwaltung des öffentlichen Verkehrs eingegriffen. Es wird dringend gewarnt, solche Eingriffe zu wiederholen. Zur Lösung der schweren Aufgaben, die dem Volke durch die Durchführung der harten Wollenslandbeschränkungen, die Aufrechterhaltung der Truppen und die Ernährung des Volkes und Heeres auferlegt sind, ist der ungehinderte Gang der Eisenbahnverwaltung erforderlich. Jede Einschränkung, auch wenn diese in der besten Absicht geschieht, kann unabsehbare Unheil anrichten. Verboten wird jede selbstwilleige, so wie man sich an den Volkseisenbahnstellen befindet, dem Aufstieg über das Verkehrsministerium übertragen ist, aber man hüte sich, einzelne Bahnbediensteten oder gar das Eisenbahnministerium lahm zu legen. Wer das tut, leistet der Sache des Volkes und der Freiheit Verrat.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.

Das Regierungsprogramm in Preußen.

Eine Auslegung.

Ab Berlin, 13. November. In das preußische Volk Preußen ist, wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten, durch den Willen des Volkes zum freien Staat geworden. Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist es, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln. Über die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird die verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf den Grundlagen des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlrecht. Bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung hat die vorläufige Regierung, die getragen ist von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhange mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie hat dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gemeinsamen Mitarbeit aller Beamten in Staat und Selbstverwaltung, Körperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung widersetzen, sind ausdrücklich in ihren Rechten befristet und auf ihre Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue, freie Preußen stellt und in Zukunft gestellt sein wird, sind hier hervorgehoben: Durchführung der uneingeschränkten Kooperationsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten, gründliche Reform der Bekleidung und Wohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altersrenten, und die einheitliche Regelung der Gewährung ausreichender Lohn- und Gehaltszulagen, Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volkshochschulen, und Schaffung einer Einheitschule, Befreiung von Schulden aller kirchlichen Vermögensverwaltung, Trennung von Staat und Kirche, Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften, Befreiung der Gewerkschaften, völlige Gleichberechtigung der Arbeiter und Beamten, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungsorgane, rascher Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle,

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Verfeinerung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe, Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus, Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit. Es ist eine ernste, schwere Zeit, in der die Regierung an ihre Arbeit gehen muß.

Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstreben des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die Opfer vergelten, wohl aber die Fortführung des Hungers bannen, das Leid aus dem Heide zurückführen sollen, nicht ihre Leiden ersparen. Nur so können wir das Geschick des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt aus schwerster Bedröhung. Was wir alle haben wollen: Freiheit, Frieden und Brot, kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrecht erhalten bleibt. Darum steht zusammen, heißt mit zum Wohl des Ganzen!

Berlin 13. November.

Die preußische Regierung: Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Hähnlich, Adolf Hoffmann.

Ab Berlin, 13. November. Bekanntmachung. Nachdem wir heute im Namen des Volksrates des Arbeiter- und Soldatenrates die Staatsleitung in Preußen übernommen haben, fordern wir sämtliche preußische Behörden und Beamten auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung beizutragen. Mögen ihnen ihre geschäftlichen Ansprüche unverzüglich verbilligt werden.

Die preußische Regierung:

Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Hähnlich, Adolf Hoffmann.

Die Verwaltung der Gemeinden.

Ab Berlin, 13. November. Die preußische Regierung (gez. Hirsch, Ströbel) hat an alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet: In einer Reihe von Städten und Gemeinden sind die Stadterordnetenversammlungen und Deputationen aufgehoben und an ihre Stelle für die gesamte Gemeindeverwaltung die zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe gesetzt worden. Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Grundsätzen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat. Es gefährdet aufs höchste den ruhigen Fortgang der Volksernährung, die Unterstützung bedürftiger Familien, der Krankenfürsorge und aller sonstigen kommunalen Aufgaben. Selbstständig können grundlegende Veränderungen in der Organisation einzelner Gemeindeverwaltungen nur infolge eines einheitlichen, gesetzlich gebotenen Vorgehens erfolgen. Nachdem gestern der Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für die Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften vorgelegt hat, bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

Die Bekämpfung des Kronleibensmittelsvermögens.

Ab Berlin, 13. November. Die preußische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung betreffend die Bekämpfung des preußischen Kronleibensmittelsvermögens: Sämtliche zum preußischen Kronleibensmittelsvermögen gehörige Gegenstände werden hierdurch mit Beschlag belegt. Die Verwaltung wird dem preußischen Finanzministerium übertragen. Das nicht zum Kronleibensmittelsvermögen gehörige, im Sondervermögen des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Die neuen Männer in Preußen.

Berlin. Die sozialistischen Führer Paul Hirsch und Heinrich Ströbel, die sich an die Spitze der Regierung in Preußen gestellt haben, sind namentlich aus ihrer Tätigkeit in den letzten Jahren im preußischen Abgeordnetenhaus bekannt. Ströbel, früher Redakteur des „Vorwärts“, ist der Vorkämpfer des radikalen Flügels der Sozialdemokraten gewesen und, nachdem die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses sich gespalten hatte, der Leiter der Unabhängigen. Paul Hirsch, ursprünglich Reichsrat, trat als Student in die politische Bewegung ein und beteiligte sich als Privatgelehrter an der Agitationsarbeit schon unter dem Sozialistengesetz. Er gab mehrere Schriften über sozialdemokratische Fragen, über Verberberium und soziale Hygiene heraus und nahm dann seinen Weg über die Journalistik zum Reichstag. Er ist der Führer der gemäßigten sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der er durch seinen Beitritt mit einer Stimme zur Mehrheit im Landtag gegenüber den Unabhängigen verhalf.

Weitere Thronverzicht.

Ab Dresden, 13. November. Dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden ging folgendes Schreiben zu: An den Arbeiter- und Soldatenrat, Dresden. Glanzbeza. Auf eine heute früh mündlich an den Finanzminister gerichtete Anfrage teilte ich mit, daß der König auf den Thron verzichtet. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamten, Geistliche und Beamten von dem ihm geleisteten Treueid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiter zu tun. Minister des Innern Dr. Koch.

Krollen. Fürst Friedrich von Waldersee hat auf die Regierung freiwillig verzichtet.

Sachsen-Meinungen. Saalfeld. Herzog Bernhard und Prinz Ernst haben endgültig abgetreten. Prinz Ernst erhält fünf Millionen Mark Abfindung. Sachsen-Meinungen wurde zur Republik ausgerufen, die Domänen als Staatsgut erklärt.

Dresden, 13. November. Wie verlautet, befindet sich Kaiser Karl nebst Gemahlin im Rufschloß Moritzburg bei Dresden, wo sich auch der König von Sachsen aufhält.

Vom Großherzog von Baden die Abdankung gefordert.

Der Großherzog wurde von den Soldatenräten in Heidelberg und Konstanz aufgefordert, die großherzogliche Würde niederzulegen. Man erwartet bereits für die nächsten Tage den Rücktritt des Großherzogs.

Der Thronverzicht des Königs von Bayern.

Ab München, 13. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Dem Ministerium ging folgende Erklärung zu: Seit meines Lebens habe ich mit dem Volke und für das Volk gearbeitet. Die Sorge um das Wohl meines geliebten Bayern war stets mein hohes Bestreben. Nachdem infolge der Ereignisse der letzten Tage ich nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten und Offizieren und Soldaten die

Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie von mir geleisteten Treueid. Am 13. November. Ludwig.

Auf diese Rundgebung wurde geantwortet: Der Minister des Volksstaats nimmt den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis. Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere Bürger frei und unangefastet in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen gegen den Bestand des Volksstaats nichts unternehmen. Der Minister des Volksstaats Bayern: Kurt Eisner, Bauer, v. Frauendorfer, Jaffe, Hoffmann, Tamm, Unterleitner.

Ab München, 13. November. Aus unrichtigen Kreisen wird den „Münchener Neuesten Nachrichten“ über die Abreise des Königs paars mitgeteilt, daß der König nach Donnerstag nachmittag mit seinen Töchtern den gewohnten Spaziergang gemacht habe. Ein einfacher Mann habe ihm gesagt: „Kaiser! mach' Sie, daß Sie nach Hause kommen, es steht nicht auf.“ Erst spät abends hätten die Minister die Ausrufung der Republik mitgeteilt. Um 9 Uhr habe die Familie ohne weitere Begleitung am Marktplatz ein Automobil bestiegen. In Würzburg sei die Königsfamilie einen Tag geblieben. Ihr jetziger Aufenthalt sei auch dem Hofe nachgehenden Kreisen unbekannt.

Ab München, 13. November. Nach einer Meldung des „Neuen Münchener Tageblatts“ soll die Königin am Dienstag nachmittag gestorben sein. Eine Bestätigung war bis zur Stunde noch nicht zu erhalten.

Kugsburg, 13. November. Wie die „Kugsburger Volkszeitung“ meldet, ist heute nacht an den Folgen der erlittenen Aufregungen und überstürzten Flucht aus München, die schon früher bestehende Königin Marie Theresie von Bayern in Paderborn gestorben. Sie vermählte sich am 20. Februar 1868 mit dem Prinzen und späteren König Ludwig III. von Bayern. Sie hatte stets ein offenes Herz und eine offene Hand für alle Wohlhabensstrebungen. Insbesondere trat dies während des Feldzugs in Frankreich. Ihre Kriegesgefangen wurde eine der reichsten und größten Kriegsheimkehrerstützen in ganz Deutschland.

Kaiser Wilhelm in Holland.

Aus dem Haag wird gemeldet: In der niederländischen Zweiten Kammer richtete der revolutionäre Sozialist Wancop eine Anfrage an die Regierung, was mit dem „General der Bürger von Hohenzollern“, der im Lande angekommen sei, geschehen werde. Vor allen Dingen im Gange sei die Bewegung, die gegenwärtig im Lande im Gange sei. Der Sozialistenführer Troilstra hielt eine Interpellation über diese Frage für überflüssig und erklärte sich damit zufrieden, daß Wilhelm von Hohenzollern interniert sei.

Rotterdam deutsche Kreise möchten der deutschen Regierung folgende Anregung unterbreiten: Es wird hier als unwürdig für das deutsche Volk empfunden, daß der ehemalige Deutsche Kaiser im neutralen Ausland Schutz sucht, wo er den Pressen und dem Auftreten der Bevölkerung zufolge als ungeliebter Gast angesehen wird und der hiesigen Regierung ansehnliche Schwierigkeiten verursacht. Man glaubt hier, daß der augenblicklich die zum letzten Moment schlecht beratene ehemalige deutsche Monarch nicht in der Zwangslage stehen würde, seine Person außerhalb der Landesgrenzen in Sicherheit zu bringen. Wir bitten es das mündigen deutschen Volkes für würdig, wenn es durch die von ihm erforderte Regierung auch diesem deutschen Volksgenossen eine Heimstätte in Deutschland anweisen würde. Wir stellen es uns so vor, daß ein Arbeiter- und Soldatenrat irgendwo im Reiche der Regierung in Berlin zu erkennen gibt, daß in seinem Bezirk ein von diesem Arbeiter- und Soldatenrat in jeder Hinsicht geforderter Aufenthalt für den bisherigen Kaiser, sei es nun eines der Schloßer oder ein Landgut, zur Verfügung steht.

Ab Amersfoort, 12. November. Der Kaiser ist von seinem Mitglied seiner Familie begleitet, sondern ausschließlich von Offizieren seiner Umgebung, von denen einige im Schloss Wijk verbleiben haben. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Kaiser vorläufig hier bleiben wird.

Ab Amersfoort, 13. November. „Nieuw Handelsblad“ wird von seinem Londoner Korrespondenten telegraphiert, daß von vielen Seiten, auch von sehr gemäßigter, gegen den Aufenthalt des Kaisers in Holland energisch protestiert wird. Man verlange allgemein seine Auslieferung an die Alliierten.

Ab Raasdijk, 12. November. Niederländische Telephonagentur. In Begleitung des Kronprinzen befinden sich Major von Wiedner, Major von Müller, Rittmeister Robert, ein Wagenmeister, ein Kammerdiener, zwei Burken, drei Chauffeurs. Der Kronprinz kam von Spa, wo er sich von seinen Truppen verabschiedete und auf Umwegen nach Holland fuhr.

Ab Berlin, 13. November. Aus Anlaß mehrerer Einzelfälle entschied die Reichsregierung, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt sind, Zahlungen aus Regierungen- und Kreisstellen auszuweisen und zu erheben. Ebenso find die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt, die bisherigen Gehälter selbständig zu erhöhen.

Berlin. Wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt, wird zum Staatssekretär im Reichsamt der bisherigen Unterstaatssekretär Schiller ernannt, der bekannte nationalliberale Abgeordnete. Der unabhängige Sozialdemokrat Eduard Bernstein tritt in das Reichsamt ein.

Berlin. Dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge wird der bisherige Unterstaatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums Dr. August Müller Nachfolger des Freiherrn von Stein werden.

Ab Berlin, 13. November. Folgende Herren sind zu pädagogischen Beiräten für das Unterrichtsministerium ernannt: Dr. H. A. Baer, Dozent Dr. Blankenburg, Oberlehrer H. Auer, Volksschullehrer Dr. Gustav Wannen, Schuldirektor Adolf Hoffmann und Konrad Hähnlich.

Ab Leipzig, 12. November. Wie wir aus Kreisen des Arbeiter- und Soldatenrates erfahren, wurden Oberst Wintau, Oberstleutnant Freile, der Stabschef des 19. Armeekorps, sowie 10 andere höhere Offiziere anlässlich des widerrechtlichen Geistes des Offizierskorps gestern auf Befehl des Arbeiter- und Soldatenrates verhaftet.

Die Lebensmittelmittel an der Front. Wie der „Berl. V.M.“ hört, kommen vom Westen her dringende Rufe nach schleunigster Entsendung von Lastwagen zur Heimführung der ungeliebten Lebensmittelmittel, die für unsere Truppen dort aufgeschichtet sind. Sie geraten in Gefahr, verloren zu gehen, wenn diesen Rufen nicht sofort in der umfassendsten Weise entsprochen wird.

Berlin. Der Deutsche „Lokal-Anzeiger“ und „Königlich Preussische Staatsanzeiger“ ist heute mit einem neuen Kopf. Das „Königlich“ ist weggelassen. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist ihrer traditionellen Aufgabe getreu Blatt der neuen Re-

Uge 19
1981